

Über 45 000 Mitglieder

Mitteilungsblatt für die Mitglieder der AUNS.
Erscheint sechsmal jährlich. –
Rickli + Wyss AG, Bern

Grauer Brief 106

Zum Hineinleuchten in die Grauzonen schweizerischer Aussenpolitik

Präsident:
Nationalrat Dr. Pirmin Schwander

Vizepräsidenten:
Jean-Dominique Cipolla, Notar
Nationalrat Luzi Stamm

Adresse Geschäftsstelle:
AUNS, Postfach 669, 3000 Bern 31
e-Mail: auns@auns.ch
Tel.: 031 356 27 27; Fax: 031 356 27 28

PC-Konto: 30-10011-5

Zum 1. August 2005

«In der Verantwortung gegenüber der Schöpfung, im Bestreben, den Bund zu erneuern, um Freiheit und Demokratie, Unabhängigkeit und Frieden in Solidarität und Offenheit gegenüber der Welt zu stärken.»

(aus der Präambel der Bundesverfassung)

Liebe Mitglieder, Gönner und Sympathisanten

Die Unterstellung unseres Handelns unter den Schutz Gottes des Allmächtigen steht in unserer Bundesverfassung zuoberst. Lange prägte denn auch der Freiheitsdrang jedes Einzelnen unsere direkte Demokratie, unseren Rechtsstaat und unsere freie Marktwirtschaft. Seit einigen Jahren wird dieses Erfolgsrezept zunehmend vernachlässigt und gar verhöhnt.

In schönen Reden fordert uns der Bundesrat regelmässig auf, in der Finanzpolitik mehr Mut zum Nein zu zeigen. Gleichzeitig bezeichnet er in gleicher Regelmässigkeit kritische Beobachter als «Irrlichter» und «Ewiggestrige». Wer nicht in opportunistischer Manier dem Bundesrat folgt, wird mit der Etikette «suspekt» fichiert. Ein Heer von Werbefachleuten versucht täglich, das Stimmvolk mit Steuergeldern auf Bundesratskurs zu trimmen. Mit hysterischer Angstmacherei versuchen der Bundesrat und das Parlament, die Schweiz schrittweise in die EU zu treiben. Ohne Personenfreizügigkeit würden Arbeitsplätze abwandern und die EU würde die Bilateralen I kündigen, behaupten Bundesrat und Parlament.

Wer nur noch mit der Angst regiert und eine Stärkung der Schweiz im EU-Beitritt sieht, gibt sich selbst und die Schweiz auf. Unsere Stärken liegen aber in uns selbst. Unsere liberalen und direkt-demokratischen Errungenschaften sind nicht verhandelbar. Die bürokratischen Auflagen und Regulierungen in unserer Wirtschaft müssen abgebaut und bekämpft werden. Selbstregulierung der Wirtschaft und Eigenverantwortung des Einzelnen haben sich bewährt und uns grossen Wohlstand gebracht. Spitzenleistungen gedeihen aber nicht nur auf der Basis von Freiheit, Unabhängigkeit und Eigenverantwortung. Sie basieren auch auf den Werten unserer christlich-abendländischen Kultur.

Der 1. August ist ein Tag, sich wieder einmal auf die Präambel der Bundesverfassung zu besinnen: Parlament und Bundesrat haben den gesetzlichen Rahmen zu bestimmen. Die wesentlichen Entscheide treffen aber wir Bürgerinnen und Bürger – frei, demokratisch, unabhängig und in Frieden. Ein Nein zur unkontrollierten Ost-Zuwanderung am 25. September 2005 sorgt dafür, dass wir diesen bewährten Weg weitergehen können. Ich wünsche Ihnen einen besinnlichen 1. August 2005.

Aktion für eine unabhängige und neutrale Schweiz (AUNS)



Dr. Pirmin Schwander, Präsident



Ost-Personenfreizügigkeit heisst unkontrollierte Zuwanderung

Im Mai 2000 hat das Schweizer Volk dem Abkommen zum freien Personenverkehr mit der «alten EU» (EU 15) im Rahmen der Bilateralen I zugestimmt. Dies aufgrund der Zusicherung, wir Schweizer könnten nach 7 Jahren über die Weiterführung dieses Abkommens entscheiden. Das alles scheint vergessen: Die Personenfreizügigkeit soll rasch auf die 10 neuen EU-Oststaaten ausgeweitet werden. In wenigen Jahren werden Rumänien und Bulgarien, dann die Türkei und voraussichtlich auch die Balkanländer dazukommen.

Wohin sich diese «Europäische Union», die in einer gewaltigen Krise steckt, weiter entwickelt, weiss niemand. Aber eines ist klar: Die Schweiz wird bei einem Ja zur Ost-Personenfreizügigkeit in den EU-Strudel hineingezogen! Und wir haben viel zu verlieren – an Wohlstand, Sicherheit und Volksrechten!

Die Fakten

Schweiz	EU-Oststaaten
• Hohe Löhne	• 1/5 – 1/10 der CH-Löhne
• Arbeitslosigkeit unter 4 %	• Arbeitslosigkeit bis 20 %
• Hohe Sozialleistungen	• Niedrige Sozialleistungen

Es ist wie ein Naturgesetz: Personenfreizügigkeit und offene Grenzen zwischen Ländern mit unterschiedlichem Wohlstand führen unweigerlich zu einer Nivellierung, zu einer Angleichung nach unten.

Das Freizügigkeitsabkommen legt fest:

- **Jeder Osteuropäer kann in der Schweiz während 6 Monaten Arbeit suchen.** Er «hat das Recht», sich in die Schweiz «zu begeben, um sich eine Beschäftigung zu suchen (...) und sich während 6 Monaten dort aufzuhalten». (Freizügigkeitsabkommen, Artikel 2,1)
- Wer eine Stelle findet, erhält eine **Aufenthaltserlaubnis** von mindestens 5 Jahren. Er kann bleiben, auch wenn er arbeitslos wird, und

selbst dann, wenn er die Stelle nicht antritt. (Art. 6 [6])

- **Familien-Nachzug:** Die Aufenthaltsbewilligung gilt auch für Ehegatten, Kinder, Enkel, Eltern, Grosseltern und Schwiegereltern. (Art. 3) Dies gilt auch dann, wenn die Familie auf Sozialhilfe angewiesen ist.

- **Grenzgänger benötigen keine Aufenthaltserlaubnis.** Grenzgänger ist, wer «einmal in der Woche an seinen Wohnort zurückkehrt» (z.B. per Bus in die Oststaaten). (Art. 7)

- **Jeder EU-Oststudent bekommt ein Aufenthaltsrecht** – mit Ehegatte und Kindern. (Art. 3 [29, c])

- Jeder EU-Osteuropäer hat **Anspruch auf Schweizer Sozialleistungen** (Invalidenrente, Krankentaggeld, Kinderzulagen). Jeder ist sofort nach Schweizer Standard krankenversichert, ebenso seine Familie in seiner Heimat.

Beispiel **Arbeitslosenversicherung:** Bezugsberechtigt ist, wer ein Jahr gearbeitet hat (Ausland angerechnet; 80 % des Lohnes am letzten Arbeitsort).

Beispiel **Krankenversicherung:** Ganze Familie versichert, auch wenn nicht in der Schweiz wohnhaft; bei geringem Einkommen Anspruch auf Prämienverbilligung.

Beispiel **AHV, IV:** Anspruch nach schweizerischem Recht; Beitragsjahre im Ausland zählen voll; Auszahlung ins Ausland ohne Kaufkraft-Korrektur.

Beispiel **Sozialhilfe:** Erwerbstätige, die ihre Familie in die Schweiz holen, aber deren Lebensunterhalt nicht finanzieren können, erhalten Sozialhilfe.

- **Jeder EU-Osteuropäer kann als selbständig Erwerbender kommen, sich niederlassen und seine Dienste anbieten.** (Art. 12 [1])

Flankierende Massnahmen gelten für Selbstständige nicht. Unternehmen aus den EU-Staaten dürfen während drei Monaten pro Jahr in der Schweiz ohne Bewilligung Dienstleistungen zu Tiefpreisen anbieten (Parkettverlegen, Gebäudereinigung, Gartenarbeiten, Maler/Tapezierer, Chauffeure etc.)

Die Folgen

Die Ost-Personenfreizügigkeit bringt unkontrollierte Zuwanderung. Jeder Osteuropäer erhält einen Rechtsanspruch, in die Schweiz einzuwandern, hier Arbeit zu suchen und unsere Sozialwerke zu beanspruchen.

Bundesrat Blocher

«Es wird ein Lohndruck entstehen, das schleckt keine Geiss weg. Das gibt eine Nivellierung nach unten. Tendenziell wird die Arbeitslosigkeit steigen. Wir werden ungefähr auf das europäische Niveau oder in seine Nähe kommen.»

(Nationalratsdebatte, 9.12.2004)

Mathias Binswanger, Prof. für Volkswirtschaft

«Die Arbeitslosigkeit in der Schweiz wird durch die Ausdehnung der Personenfreizügigkeit zunehmen. Das gilt auch bei höheren Wachstumsraten.»

(Cash, 6.1.2005)

Beispiel Deutschland:

In Deutschland überrennen «Ein-Personen-Firmen» das Land. Ein-Mann-Malergeschäfte, Ein-Frau-Putzinstitute, Ich-AG's grassieren. Die Löhne brechen zusammen und die Arbeitslosigkeit steigt. «Verlierer sind zehntausende deutsche Arbeitnehmer, die mit der Billigkonkurrenz aus Osteuropa nicht mithalten können».

(Der Spiegel 8/2005)

Laut der «Deutschen Bundesanstalt für Arbeit» haben nach einem Jahr Ost-Personenfreizügigkeit rund 25 000 Deutsche aus dem Metzgereigewerbe ihre Arbeit verloren. Sie wurden durch Billigarbeiter aus dem Osten ersetzt.

«Wir können nicht zulassen, dass viele Menschen arbeitslos werden, weil das Problem der Zuwanderung ausländischer Arbeitskräfte nicht geregelt ist.»

(Oskar Lafontaine, taz, 28.6.05)

Wollen wir diese Zustände auch in der Schweiz?

«Flankierende Massnahmen» – eine Illusion!

Die flankierenden Massnahmen (Ausweitung der Gesamtarbeitsverträge, 150 zusätzliche Kontrolleure etc.) nützen wenig bis nichts. Sie können unterlaufen und umgangen werden.

Vielmehr bringen diese Massnahmen eine **Überregulierung und Verbürokratisierung des Schweizer Arbeitsmarktes**. Damit werden Arbeitsplätze vernichtet. Profitieren werden Gewerkschafts- und Verbandsfunktionäre.

Für Selbständige gelten die flankierenden Massnahmen ohnehin nicht.

Haben Sie das gewusst?

- Seit dem 1. Mai gilt eine weitgehende Personenfreizügigkeit zwischen der Schweiz und der «alten EU» (Wegfall der Inländerbevorzugung). Seither finden jeden Tag 120 Deutsche einen Job bei uns; 43 000 im vergangenen Jahr. (Sonntagsblick, 6.3.2005)
- Zwischen März 2004 und 2005 ist die Zahl der Schweizer Arbeitskräfte um 31 300 gesunken; jene der ausländischen Arbeitskräfte hat um 15 500 zugenommen. (Sonntagsblick, 3.7.2005)
- In Genf ist die Zahl der Grenzgänger aus Frankreich bis Ende 2004 um 15 % auf über 45 000 angestiegen. Die Zahl der arbeitslosen Schweizer hat entsprechend zugenommen.
- Die slowakische Regierung will Arbeitslosen (Quote derzeit bei fast 20 %) eine Prämie bezahlen, wenn sie sich in den EU-Staaten Arbeit suchen (gemäss NZZ, 16.5.05). *Und morgen heisst das Zielland: Schweiz!*

Ost-Personenfreizügigkeit bedeutet:

- **Zuwanderung von Billigarbeitern, mehr Ausländer**
- **Tiefere Löhne, arbeitslose Schweizer**
- **Ausplünderung der Sozialwerke**
- **Gefährdung der schweizerischen Unabhängigkeit**

Am 25. September 2005:

OST-Zuwanderung NEIN

Kündigung der Bilateralen I?

Bundesräte, Parteien und Verbandsfunktionäre wollen uns weismachen, zuwandern dürften nur Leute mit einem gültigen Arbeitsvertrag. Und sie drohen, bei einem Nein zur Ost-Personenfreizügigkeit werde die EU alle Verträge der Bilateralen I (Landverkehr, Luftverkehr, etc.) kündigen.

Beide Behauptungen sind falsch. Denn erstens unterliegen Selbstständige keinen Beschränkungen; sie brauchen keinen Arbeitsvertrag. Und zweitens schneidet sich die EU mit einer Kündigung der Bilateralen I, die einstimmig erfolgen müsste, ins eigene Fleisch. Die Österreicher würden niemals auf das Landverkehrsabkommen verzichten, sonst hätten sie den ganzen Transit-Schwerverkehr wieder am Brenner!



Aufgegriffen

Grossfirmen und Abzocker wollen die Freizügigkeit einführen. Sie rechnen mit tieferen Löhnen und haben nur den eigenen Profit im Visier.

Roger Riwar, Weggis

EU-Staaten, EU-Beitrittskandidaten*, Norwegen und die Schweiz im Vergleich

Und das soll keinen Einwanderungsdruck geben...!

	Einwohner	Bruttosozialprodukt ¹ pro Kopf	Arbeitslosigkeit
Belgien	10,333 Mio.	22 940 US\$	6,9 %
Bulgarien*	7,965 Mio.	1 770 US\$	19,4 %
Dänemark	5,374 Mio.	30 260 US\$	4,3 %
Deutschland	82,532 Mio	22 740 US\$	8,6 %
Estland	1,358 Mio.	4 190 US\$	12,6 %
Finnland	5,199 Mio.	23 890 US\$	9,0 %
Frankreich	59,485 Mio.	22 240 US\$	8,9 %
Griechenland	10,631 Mio.	11 660 US\$	9,6 %
Grossbritannien	59,229 Mio.	25 510 US\$	5,1 %
Irland	3,920 Mio.	23 030 US\$	4,2 %
Italien	57,690 Mio.	19 080 US\$	9,0 %
Kroatien	4,465 Mio.	4 540 US\$	15,2 %
Lettland	2,338 Mio.	3 480 US\$	12,8 %
Litauen	3,469 Mio.	3 670 US\$	13,8 %
Luxemburg	0,444 Mio.	39 470 US\$	3,0 %
Malta	0,397 Mio.	9 260 US\$	8,2 %
Niederlande	16,144 Mio.	23 390 US\$	3,1 %
Norwegen	4,538 Mio.	38 730 US\$	3,9 %
Österreich	8,048 Mio.	23 860 US\$	3,6 %
Polen	38,626 Mio.	4 570 US\$	19,9 %
Portugal	10,177 Mio.	10 720 US\$	5,1 %
Rumänien*	22,300 Mio.	1 870 US\$	6,6 %
Schweden	8,924 Mio.	25 970 US\$	5,2 %
Schweiz	7,290 Mio.	36 170 US\$	2,9 %
Slowakei	5,379 Mio.	3 970 US\$	18,6 %
Slowenien	1,964 Mio.	10 370 US\$	6,8 %
Spanien	40,917 Mio.	14 580 US\$	11,4 %
Tschechien	10,210 Mio.	5 480 US\$	7,3 %
Türkei*	69,626 Mio.	2 490 US\$	10,6 %
Ungarn	10,159 Mio.	5 290 US\$	5,8 %
Zypern	0,765 Mio.	12 320 US\$	3,9 %

¹Bruttosozialprodukt (BSP): Gesamtheit aller Güter und Dienstleistungen die von einer Volkswirtschaft erzeugt bzw. geleistet werden. (Quelle: Länderlexikon 2005, www.spiegel.de)

Aufgegriffen

Gewerkschaftsfunktionäre wollen mehr Macht

Warum die Gewerkschaftsbosse für die Ost-Personenfreizügigkeit sind, hat seine Gründe. Es geht um den Machtausbau der Gewerkschaften und der Chefs. Als Preis

für ihre Unterstützung bei der Durchsetzung der Ost-Personenfreizügigkeit haben sie die Zusage der Economiesuisse und des Bundesrates, in Zukunft flächendeckende Gesamtarbeitsverträge vereinfacht einführen zu können. Das ist verlockend, denn von den in der Schweiz werkstätigen 3 946 988 Erwerbspersonen

(Stand gemäss Seco, 1.1.2000) unterstehen gerade mal 1 414 029 Arbeitnehmer den GAVs. Genau diese Expansionschance wollen die Gewerkschaftsfunktionäre nutzen. Es ist zu hoffen, dass die Gewerkschaftsbasis diesem unsauberen Spiel den Riegel schiebt.

Peter Itin, Frenkendorf

Agenda (Aktuelles und Termine finden Sie auch auf www.auns.ch)

Datum/Zeit	Ort	Thema/Referenten	Veranstalter
Montag, 1. August 2005, 18.00 Uhr	Alp Tannenboden, 8898 Flumserberg SG	1. August-Ansprache von NR Hans Fehr. Festwirtschaft mit Grillspezialitäten. Ab 15 Uhr Unterhaltung mit Uelis Family Band. Auftritt Schällnerclub Flumserberg. Höhenfeuer	Jugendfeuerwehr Flumserberg, Restaurant Sennestube, SVP
Donnerstag, 11. August 2005, 20.00 Uhr	Gemeindesaal, 9604 Lütisburg	Podiumsdiskussion zum Thema «Ost-Personenfreizügigkeit» mit NR Hans Fehr und NR Doris Leuthard, CVP	SVP und CVP Toggenburg
Dienstag, 16. August 2005, 20.00 Uhr	6300 Zug (genauer Ort gem. Tagespresse)	Podiumsveranstaltung «Ost-Personenfreizügigkeit», u.a. mit BR Calmy-Rey und NR Ueli Maurer	
Dienstag, 16. August 2005, 20.00 Uhr	8248 Uhwiesen/ZH Mehrzweckgebäude	Podium zur Ost-Personenfreizügigkeit, u.a. mit den NR Ulrich Schlüer und Luzi Stamm	SVP Bezirk Andelfingen
Mittwoch, 17. August 2005, 20.00 Uhr	Kirchgemeindehaus Titthof, 7000 Chur	Podiumsdiskussion «Ost-Personenfreizügigkeit ja oder nein?» mit NR Hans Fehr und NR Doris Leuthard, CVP	CVP Chur
Montag, 22. August 2005, 20.00 Uhr	Hotel Krone, 5600 Lenzburg	Podium «Ost-Personenfreizügigkeit ja oder nein?», u.a. NR Luzi Stamm	Mittellandkomitee
Donnerstag, 25. August 2005, 20.00 Uhr	Rapperswil (genauer Ort folgt)	Parolenfassung zur Ost-Personenfreizügigkeit, u.a. mit den NR Luzi Stamm und Theo Pfister (Delegiertenversammlung FDP Kt. SG)	FDP Kanton St. Gallen
Donnerstag, 25. August 2005, 20.00 Uhr	9556 Affeltrangen	Podium zum Thema «Ost-Personenfreizügigkeit» mit NR Hans Fehr und NR Brigitte Häberli (CVP/TG)	SVP-Kreispartei Tobel
Donnerstag, 25. August 2005, 20.00 Uhr	8400 Winterthur	Podium zur Ost-Personenfreizügigkeit, u.a. mit NR Ulrich Schlüer	SVP Winterthur
Montag, 29. August 2005, 20.00 Uhr	Restaurant Kreuz, Jona	Podium zur Ost-Personenfreizügigkeit, u.a. mit NR Dr. Pirmin Schwander	SVP Kanton St. Gallen und Schwyz
Dienstag, 30. August, 20.00 Uhr	Casino, 9100 Herisau	Veranstaltung zur Ost-Personenfreizügigkeit mit BR Joseph Deiss und den NR Werner Messmer, Marianne Kleinert (pro) sowie Luzi Stamm und Jasmin Hutter (contra)	
Mittwoch, 31. August 2005, 10.00-12.00 Uhr	Gewerblich-Industrielle Berufsschule, Zürcherstrasse 28, 8400 Winterthur	Podiumsveranstaltung «Fehr gegen Fehr» zum Thema «Erweiterte Personenfreizügigkeit: Ja oder Nein?» mit den NR Hans Fehr und Hans-Jürg Fehr (Präsident SP)	Berufsschule Winterthur
Mittwoch, 31. August 2005, 20.00 Uhr	Restaurant Sternen, 8717 Benken/SG	«3-Kantone-Veranstaltung» zum Thema «Ost-Personenfreizügigkeit», u.a. mit den NR Hans Fehr und Luzi Stamm. Moderation: NR Filippo Leutenberger, FDP/ZH	SVP See/Gaster

Wir brauchen dringend zusätzliche Spenden – kleine und grosse! Danke.



Werden auch Sie Mitglied bei der Aktion für eine unabhängige und neutrale Schweiz (AUNS)

Ich trete der AUNS bei als Mitglied (Ehepaar), Gönner oder Sympathisant.
 Jahresbeiträge: Mitglieder Fr. 35.– (Ehepaare Fr. 50.–), Gönner Fr. 100.–, Sympathisanten nach freiem Ermessen.

Senden Sie mir ausführliche Informationen über die AUNS.

Name/Vorname: _____

Adresse: _____

PLZ/Ort: _____

Datum/Unterschrift: _____

Einsenden an: AUNS, Postfach 669, 3000 Bern 31
 Telefon 031 356 27 27, Fax 031 356 27 28, PC-Konto 30-10011-5